

Ercheint wöchentlch
einmal: Freitag.

Anzeigen: Die 6 gespaltene
Borgzelle 20 Pfennig.
Im Abonnement oder bei
Wiederholung entsprechend
billiger.

Schluss der Redaktion:
Dienstag Mittag.

Die Stimme

Abonnement
vierteljährlich 1.— Mark
bei jedem Postamt und in
der Expedition.
Eingetragen in der
Post-Zeitungspreislifte.
Redaktion und Expedition:
Berlin NO. 55,
Greifswalderstr. 221/23.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/23. — Fernruf: Amt Köpenick 4720.

Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an Paul Volkmann, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23. — Geldsendungen an B. Stelle, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Nummer 27/28.

Am a. Donau, den 16. Juli 1915.

26. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis: Zur gefl. Kenntnisnahme. — An unsere Mitglieder. — Die Arbeitsnachweisfrage und die Großindustrie. — Der „Vorwärts“ in Ritten: Ein jeder blamiert sich, so gut er kann. — Kriegsinvalidenheime oder Kriegerheimstätten. — Handwerker, Arbeiter und Eisenbahnverwaltung. — Ehrentafel. — Ein Kulturdokument. — Aus den Ortsvereinen: Posen. — Anzeigen.

Zur gefälligen Kenntnisnahme!

In dem Befinden unseres Verbandsvorsitzenden, Kollegen Goldschmidt, ist in den letzten Monaten leider eine wesentliche Verschlechterung eingetreten, so daß er kaum imstande sein wird, seine Geschäfte wieder zu übernehmen. Der Zentralrat hat deshalb in seiner letzten Sitzung beschlossen, daß die Geschäfte des Verbandsvorsitzenden, wie bereits in den letzten Monaten, auch künftig vom geschäftsführenden Ausschuss des Verbandes unter Mitwirkung des Zentralratsvorsitzenden mit erledigt werden.

An unsere Mitglieder!

Nur wenige Tage noch trennen uns von der Zeit, als vor einem Jahre das drohende Gespenst des Krieges zur rauhen Wirklichkeit wurde. Viel Kummer und Sorge ist in so mancher Familie eingezogen. Tausende unserer blühendsten Menschenleben sind dahingerafft, tausende von Kollegen stehen noch im Felde. Auch an den Arbeiterorganisationen, also auch an unserem Gewerksverein, ist die Zeit nicht spurlos vorübergegangen. Jedem, der diese Zeit mitgemacht hat, wird sie unvergesslich bleiben. Gerade für das Holzgewerbe trat nach der Mobilmachung eine mehr als trostlose Zeit ein. Hatte dieselbe schon in den verflochtenen Jahren schwer unter den Wirtschaftskrisen zu leiden, so schien es, als wollte man durch den Krieg diesem Industriezweig den Todesstoß versetzen. Die Mehrzahl der Betriebe schlossen ihre Pforten und wurden so dadurch auch die größte Zahl der Holzarbeiter arbeitslos. Die ganze Lage schien geradezu trostlos. Heute können wir jedoch sagen, daß die schlimmsten Befürchtungen nicht eingetroffen sind. Das geradezu bewundernswerte Anpassungsvermögen hat sich auch auf die Arbeiterschaft übertragen.

Durch die schnell aufeinander folgenden gewaltigen Siege und dadurch, daß Deutschland nur auf seine Erzeugnisse im eigenen Lande angewiesen wurde, machte sich, namentlich in der Rüstungsindustrie, eine gewaltige Belebung dieses Zweiges bemerkbar, so daß dadurch wieder tausende von Arbeitern lohnende Beschäftigung fanden. Unsere Holzarbeiter versuchten denn auch bald ihre Arbeitskraft den veränderten Verhältnissen anzupassen, und so sah man bald Möbel- oder Bautischler, Klavierarbeiter, Drechsler u. dergl. in der Stellmacherei oder an der Granatendrehbank beschäftigt, kurzum das deutsche Anpassungsvermögen machte sich auch bei den Holzarbeitern in größtem Maße bemerkbar. Dies hatte wiederum zur Folge, daß das Heer der Arbeitslosen immer mehr zusammenschmolz. Trotzdem blieb im Holzgewerbe immer noch ein verhältnismäßig hoher Prozentsatz von Arbeitslosen bestehen, so daß wir bis zum 1. Januar 1914 über 75 000 Mk. an Arbeitslosenunterstützungen zahlen mußten. Hierbei muß jedoch immer wieder in Betracht gezogen werden, daß diese Summe gezahlt wurde, trotzdem an die Mitglieder nur die Hälfte der sachungsgemäßen Unterstützung gezahlt wurde. Schon diese Tatsache allein dürfte genügen, um die bei Ausbruch des Krieges vonseiten des Hauptvorstandes getroffenen Maßnahmen zu rechtfertigen.

Unablässig hat die Hauptleitung die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt verfolgt. Sobald sich eine günstige Wendung bemerkbar machte, hat man das Statut wieder bis auf weiteres in Kraft gesetzt, so traten die Reise- und Wanderunterstützung, die Ueberziehungs- und Beihilfe, Rechtschutz, Sterbegeld u. dgl. in ihre alten Rechte. Des öfteren wurde auch im Hauptvorstand die Frage aufgeworfen, ob es nicht möglich wäre, auch die volle Höhe der Arbeitslosenunterstützung unseren Mitgliedern zu gewähren, aber die Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt in der Holzindustrie ließen uns immer wieder dazu bestimmen, all diesbezüglichen Anträge abzulehnen. Wenn die Gewerksvereine in der Metallindustrie, der Lederbranche, auch der Bekleidungsindustrie schon früher dazu übergehen konnten, ihre Sätze in ihre alten Rechte einzutreten zu lassen, so konnten dieselben das mit ruhigem Gewissen tun, indem durch die gewaltigen Rüstungsaufträge sich für diese Zweige eine Erwerbsmöglichkeit auftrat, die in Friedenszeiten unmöglich war.

Für die Holzindustrie müssen wir heute noch leider zugeben, daß unsere Haupterwerbszweige wie die Möbel-

175,370.31 Mark

hat unser Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands trotz des Krieges in einem Jahre zur Unterstützung der Arbeitslosen, Kranken u. dgl. gezahlt. Wie viel Not und Elend ist durch diese Summe von unseren Mitgliedern und deren Familien ferngehalten bzw. gelindert worden.

Kollegen! Werbt neue Mitglieder für den Gewerksverein!

branche, die Klavier- und auch die Bauindustrie noch ganz brach darniederliegt. Wenn wir uns trotzdem zu einem weiteren Schritt entschlossen haben, so haben wir es aus dem Bewußtsein getan, daß unsere Mitglieder in der großen Mehrzahl diese schwere Zeit erfaßt haben und treu zur Fahne gehalten haben. Gewiß haben wir auch Kollegen zu verzeichnen, die aus tragem Egoismus der Organisation den Rücken gekehrt haben. Das ist tief bedauerlich und schmerzt umso mehr, als die Organisation alles aufgebietet hat, um die Lage der Arbeiter in dieser schweren Zeit zu erleichtern, es zeigt aber auch andererseits, daß es noch vieler Aufklärungsarbeit bedarf, um diesen Kollegen den wahren Wert unserer Organisation vor Augen zu führen.

Der Hauptvorstand hat nun in seiner letzten Sitzung vom 30. Juni cr. beschlossen: Vom 1. August 1915 ab die Arbeitslosenunterstützung wieder in seiner vollen Höhe einzuführen. Desgleichen wurde festgelegt, daß die während der Zeit vom 1. August 1914 bis 1. August 1915 gezahlten Arbeitslosenunterstützungen einschließlich der gewährten Mietsentschädigung nicht in Anrechnung gebracht werden sollen. Es erhalten demnach alle Mitglieder, welche nach dem Bezug der letzten Arbeitslosenunterstützung bzw. Aussteuerung (die vom 1. August 1914 bis 1. August 1915 gewährte Unterstützung rechnet hierbei nicht mit) 52 Wochenbeiträge geleistet haben, und arbeitslos werden, vom 1. August 1915 ab die sachungsgemäße volle Arbeitslosenunterstützung. Eingegriffen hiervon sind auch diejenigen Kollegen, welche sich vor dem 1. August bereits arbeitslos gemeldet, und darüber hinaus noch arbeitslos sind.

Unsere Kollegen, welche arbeitslos werden, haben also das Recht, nach einer Karenzzeit von 6 Wochentagen je nach der Dauer ihrer Organisationszugehörigkeit, die Summe von 6—12 Mark pro Woche auf die Dauer von 4—10 Wochen, oder die Höchstsumme von 24—120 Mark zu erhalten. Das wird für unsere Kollegen ein beruhigendes Gefühl sein, und werden dieselben auch die Maßnahmen des Hauptvorstandes voll und ganz zu würdigen wissen. Als dieser Beschluß gefaßt wurde, war man sich voll und ganz klar darüber, daß derselbe unter Umständen unsere Kasse sehr schwer belasten könnte, denn mit Recht sagte man sich, daß mit der Einstellung der Kriegslieferungen, auch das Heer der Arbeitslosen gewaltig anwachsen wird. Wenn trotz aller dieser Bedenken man den Beschluß faßte, so setzte man ohne weiteres voraus, daß unsere Mitglieder hiermit einen neuen Grund für ihre Werbetätigkeit erlangen, und daß dieselbe mit erneuertem Eifer gepflegt werden muß.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß es auch Kollegen gibt, die in dieser schweren Zeit fahnenflüchtig geworden sind. Nicht bloß diese gibt es zurückzugewinnen, sondern auch diejenigen, welche auch vor dem Kriege immer noch nicht den Anschluß an die Organisation gefunden haben. Mehr wie bisher müssen wir in die Agitation eintreten. Wenn einzelne Kollegen die Behauptung aufstellen, daß in dieser Zeit nichts zu machen ist, so ist hierfür noch keineswegs der Beweis erbracht. Wir erkennen nicht, daß die Agitation sich ungemein schwieriger gestaltet, indem in den meisten Ortsvereinen die besten Kräfte im Felde stehen. Aber gerade hierin muß ein erneuter Anreiz sein, indem wir unseren Kollegen im Felde durch die Tat beweisen, daß auch wir nicht müßig sind, daß auch wir verstehen, diese Zeit auszunützen im Interesse des Vaterlandes und der freiheitlich nationalen Arbeiterorganisation des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands!

Die Arbeitsnachweisfrage und die Großindustrie.

Wir haben schon wiederholt an der Hand von Beispielen darauf hingewiesen, daß die Großindustrie keineswegs gewillt ist, aus dieser großen Zeit ihre Lehren zu ziehen; nach wie vor kehrt man den Herrenstandpunkt hervor. Man vergißt, daß es mit die Intelligenz der deutschen Arbeiter gewesen ist, die unsere Industrie auf die Höhe gebracht hat. In der Einführung von Schlichtungskommissionen, die doch selbst von der Regierung gutgeheißen wurden, erblickt man schon eine Machterweiterung der Arbeiterschaft und lehnt aus diesem Grunde dieselben ab. Als nun die Arbeitnehmerorganisationen der verschiedensten Richtungen zusammentraten, um, wie bereits berichtet, eine gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung herbeizuführen, witterte die Großindustrie sofort eine Gefahr für ihre einseitigen Unternehmensnachweise, und führten die, während der Kriegszeit aufgelösten Arbeitsnachweise sofort wieder ein. Auch im Parlament fanden die eingereichten Zeitfuge vor den Augen der Vertreter der Großindustrie keine Gnade. Ja, in den verschiedensten Zeitschriften der Großindustrie nahm man strikte Stellung gegen die Einführung einer gesetzlichen Regelung der Arbeitsvermittlung. Ganz besonders hat sich hierbei der Kgl. Geheime Kommerzienrat, Inhaber der Schichauwerft in Elbing, Danzig und Pillau, Präsident der Handelskammer zu Elbing, Dr. Karl H. Ziese hervorgetan.

In der „Deutschen Wirtschaftszeitung“ vom 1. Juni 1915 nimmt derselbe Anlaß, die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung einer scharfen Kritik zu unterziehen. Aus den ganzen Ausführungen geht ohne Zweifel hervor, daß er die ganze Sache nur als vollständig einseitiges Machtwort der Sozialdemokratie betrachtet. Er vergißt ganz, daß bei der Beratung der betreffenden Zeitfuge nicht bloß sämtliche Organisationsrichtungen vertreten waren, sondern, daß unter andern die Gesellschaft für Soziale Reform als Vertreter der Märktischen Arbeitsnachweise, Ministerialdirektor Dr. Freund und andere höhere Persönlichkeiten beteiligt waren, denen man beim besten Willen eine Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie nicht nachsagen kann. Einleitend schreibt Dr. Ziese:

„Der nach dem „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (Nr. 8 vom 20. Februar 1915) angestrebte gesetzliche Arbeitsnachweis läuft in der Form seiner Zusammenfassung aus Vertretern der Arbeiter und Unternehmer auf Grund einer Verhältniswahl unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden auf eine Mischung von paritätischen und öffentlich bürokratischen Arbeitsnachweisen zur Stärkung der Sozialdemokratie und zum Schaden der Arbeitgeber hinaus.“

Auf diese Ausführungen könnte man antworten: Das sind Ansichten, für die der Beweis erbracht werden müßte, doch lassen wir schon dies auf sich beruhen. Dann bemerkt Herr Dr. Ziese weiter:

„Die Gründung paritätischer Arbeitsnachweise hat, wie die Erfahrung überall zur Genüge gelehrt hat, für die Interessen von Handel, Industrie und Gewerbe wenig bzw. gar keinen Wert, sondern wird aus Gründen der Nachfrage ebenso wie die Einführung von Lohnstarifen lediglich von der Sozialdemokratie angestrebt.“

Herr Dr. Ziese hat offenbar die Gewerkschaftsliteratur nur oberflächlich studiert, sonst müßte er wissen, daß die Einführung von Lohnstarifen eine alte Forderung der deutschen Gewerksvereine ist, und daß noch vor wenigen Jahren wir dieserhalb von den freien Gewerkschaften und der damit verbundenen Sozialdemokratie auf das heftigste befeuert wurden. Erst als man eingesehen hat, welchen Wert die Tarifverträge für die Arbeiter haben, ist man auch für Einführung derselben eingetreten, und hat sich diese Frage zu eigen gemacht. Heute ist es nur noch lediglich die Großindustrie, welche sich gegen Einführung derartiger Verträge sträubt. Die breitesten Kreise unserer Volkswirtschaft, selbst die Regierung hat schon längst den Wert der Tarifverträge anerkannt. Es ist also mindestens sehr gewagt, wenn Herr Dr. Ziese die Lohnstarife so abfällig beurteilt, und damit die Arbeitsnachweisfrage in derselben Weise in Verbindung bringt. Es zeigt, daß er praktisch sich herzlich wenig um derartige Fragen gekümmert hat und daher ein dementsprechendes objektives Urteil nicht abgeben kann.

Es ist nach obigen Ausführungen auch garnicht weiter verwunderlich, wenn er nun in seinen weiteren Ausführungen die einseitigen Unternehmerarbeitsnachweise verteidigt, indem er ausführt:

„Überall wo die Arbeitsnachweise in den Händen der Arbeitgeber liegen, haben sie die besten Erfolge zu verzeichnen. Ihre Tätigkeit wird seitens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer lebhaft in Anspruch genommen. Ihr erzieherischer Einfluß auf die Arbeiterschaft ist von unschätzbarem Werte. Denn die arbeitscheuen Elemente werden auf diese Weise ganz vorzüglich in Schach gehalten und können niemals die Oberhand gewinnen, ein Erfolg, der sowohl für das Staatswesen als auch

für die ganze Volkswirtschaft vorbildlich ist, namentlich auch von dem hohen moralischen Gesichtspunkte aus, daß die Tugenden und Vorzüge des Arbeiters, der etwas kann, stets seine Pflicht tut und das Interesse des Arbeitgebers wahrnimmt, Berücksichtigung finden können. Wenn ein solcher Arbeitsnachweis nicht von den Arbeitgebern selbst streng beaufsichtigt wird, dann kann auch nicht im entferntesten davon die Rede sein, daß derselbe erzieherisch auf die Arbeiter wirken könne, was doch die erste Hauptsache ist. Es muß der gute, fleißige Arbeiter wissen, daß er vorgezogen und der faule, schlechte Arbeiter zurückgesetzt wird. Bei allen paritätischen Arbeitsnachweisen erhalten stets die Sozialdemokraten den größten Einfluß. Die ganze Einrichtung gestaltet sich dann erfahrungsgemäß zum Nachteil der Arbeitgeber und letzten Endes des Staates.

Auch in diesen Ausführungen wird man das objektive Urteil vermissen. Wir begrüßen es wohl, wenn Herr Dr. Ziese die Erziehung der Arbeiter am Herzen liegt. Es kommt nur darauf an, was man darunter versteht. Wenn er glaubt, die beste Erziehung liege darin, sich die Arbeiterschaft gefügig zu machen, indem sie für jeden Lohn arbeitet, so fordert er den heftigsten Widerspruch weitest Kreise hervor. Herr Dr. Ziese tritt nicht ganz deutlich mit seiner Ansicht hervor, doch scheint aus seinen Ausführungen zweifellos hervorzugehen, daß die einseitigen Unternehmernachweise dazu geschaffen sind, die große Zahl der Arbeiterschaft durch die große Siebmachine gehen zu lassen, also ein sogenanntes Maßregelungsbureau für die Arbeiterschaft darzustellen. Der organisierten Arbeiterschaft sind derartige Einrichtungen nur zu wohl bekannt. Wir erinnern nur an die großen rheinisch-westfälischen Bergwerksnachweise, um deren Aufdeckung der Schäden der Abgeordnete Naumann seiner Zeit ein besonderes Verdienst erworben hat.

In einem stimmen wir Herrn Dr. Ziese zu, daß in allen Nachweisen, also auch in den sogenannten paritätischen, sich Elemente einbürgern, die aus diesem oder jenem Grunde die Arbeitsannahme verweigern. Wir haben in dieser Beziehung auch 1913 Herrn Obermeister Kahrdt zugestimmt, daß in dem paritätischen Arbeitsnachweis der Holzindustrie in der Gormannstraße zu Berlin eine große Anzahl von Leuten sich eingebürgert haben, die jegliche Arbeit verweigern. Verwahrung müssen wir jedoch dagegen einlegen, die Sache zu verallgemeinern. Die Erfahrung hat es gelehrt, daß gerade bei den einseitigen Unternehmerarbeiten nachweisen sich Elemente einschleichen, die irgend etwas bei den Arbeiterorganisationen auf dem Kerbholz haben, und sich aus dem Grunde als gefügiges Werkzeug der Unternehmer hergeben.

Den lebhaftesten Widerspruch rufen jedoch die nachstehenden Ausführungen hervor:

„Verhängnisvoll ist der Zusammenhang der öffentlichen Arbeitsnachweise mit der städtischen Armenpflege und die Rücksichtnahme auf deren Finanzen. In dieser Hinsicht gilt als Grundsatz städtischer Arbeitsvermittlung, daß einheimische Arbeiter den auswärtigen vorgezogen werden. Das mag vom Gesichtspunkte des städtischen Armenbudgets zu empfehlen sein, nicht aber vom Gesichtspunkte der Industrie; nicht Geburts- und Heimatsort, das Können und die Fähigkeiten des Arbeiters entscheiden deren Brauchbarkeit für den Arbeitgeber.“

„Ferner ist ein großer Anflug der öffentlichen Arbeitsnachweise, daß sie in falschem Ehrgeiz und in dem Bestreben, recht viele Stellen zu vermitteln, jeder ihnen von auswärts zugehenden Bitte um Beschaffung von Arbeitermaterial entsprechen, wodurch der bereits erwähnte große Uebelstand entsteht, daß den Arbeitgebern am Orte ihre guten, eingeschulten Arbeitskräfte fortgenommen und unter Gewährung von Geldmitteln, zu denen die Arbeitgeber noch in Form der Kommunalsteuer ihre Beiträge zahlen müssen, nach auswärts verschickt werden.“

Diese letzten Ausführungen stellen denn doch alles bisher ausgeführte in den Schatten. Angesichts der großen Zeit, in der wir leben, muten einem diese Ausführungen doch etwas sonderlich an. Es zeugt von einem wenig patriotischen Geist, wenn man versucht, die Intelligenz des deutschen Arbeiters herabzusetzen. Ist Herr Dr. Ziese, der doch jahraus, jahrein mit Staatsarbeiten beauftragt ist, so wenig bekannt, daß das Ausland, namentlich England, mit Neid auf die hervorragende Tüchtigkeit der deutschen Arbeiter geblickt hat, ist ihm so wenig bekannt, daß die besten Stellen in England vermöge ihrer Tüchtigkeit von Deutschen besetzt waren und daß die englischen Arbeiter jetzt aus Neid alles daran gesetzt haben, um diese unlieblichen Konkurrenten zu entfernen? Und in Russland verhält es sich nicht anders. Der deutsche Arbeiter ist geschätzt genug, um auch die Fähigkeiten eines ausländischen Arbeiters anzuerkennen. Der beste Beweis ist hierfür gebracht, daß er trotz der widerlichen Hege im Auslande gegen den deutschen Arbeiter jetzt noch ruhig mit Engländern, Franzosen, Russen, ja sogar mit Italienern zusammenarbeitet.

Wogegen sich der deutsche Arbeiter jedoch mit aller Kraft gewehrt hat und noch wehrt, ist die Tatsache, daß der fremdländische Arbeiter ihm nicht zum Lohn drückt wird. Hier scheint auch des Pudels Kern in den Ausführungen des Herrn Dr. Ziese zu liegen. Es hieße aber auch die ganzen berühmten Autoritäten auf dem Gebiete der öffentlichen Arbeitsnachweise herabwürdigend, wollte man zugehen, daß eine derartige Handhabung bei solchen öffentlichen Einrichtungen vor sich geht. Herr Dr. Ziese hat, wie bei seinen ganzen Ausführungen, Behauptungen aufgestellt, für die er nicht den Schatten eines Beweises erbracht hat.

Herr Dr. Ziese macht dann noch einen Sturmangriff gegen eine staatliche Arbeitslosenversicherung. Zuletzt richtet er noch einen Appell an die Regierung, indem er schreibt:

„Wird der weitsehende Blick und die Intelligenz der Staatsregierung ihr darüber Klarheit schaffen, daß der Industrie bei Förderung solcher Bestrebungen der Lebensnerv durchschüttelt und ein Kommunismus vorbereitet wird, der auf eine Verkaufslösung der Industrie in sozialdemokratischem Sinne hinauslaufen dürfte?“

Die Schwärzung des roten Lappens in dieser Zeit des Burgfriedens ist schlecht angebracht, hat aber auch im Frieden lang in der Welt verbleibt. Unter diesem Deckmantel versucht man in der besten Öffentlichkeit eine Wirkung zu erzielen. Es ist nicht bloß für die Arbeiterschaft, sondern für unser ganzes Vaterland unliebsame Folgen haben kann. Wie oft haben wir darauf hingewiesen, daß der Ruf nach sozialen Reformen nie ausbleiben darf, weil das im Interesse unserer Staatskraft liegt. Die Großindustrie ist dagegen immer wieder mit der Behauptung auf den Plan getreten, daß die Industrie die sozialen Lasten nicht mehr ertragen kann.

In der vorletzten Nummer der „Eiche“ haben wir auf die Kriegsgewinne hingewiesen, welche die Großindustrie selbst in dieser schweren Zeit des Krieges erzielt hat, während die

breitesten Schichten der Bevölkerung Not und Entbehrung auf sich genommen haben. Herr Dr. Ziese als großer Lieferant von Staatsarbeiten müßte es doch bekannt sein, daß unsere gewaltigen Errungenschaften in militärischer wie wirtschaftlicher Beziehung in diesem Kriege zum großen Teil auf das Konto unserer sozialen Gesetzgebung zurückzuführen ist, indem darin ein großer Teil der deutschen Wehrkraft enthalten ist. Wir möchten Herrn Dr. Ziese nachstehende Worte eines hervorragenden liberalen Abgeordneten zur Richtschnur empfehlen:

„Die Macht des Vaterlandes und Tüchtigkeit und Freiheit aller arbeitenden Staatsbürger in Stadt und Land sind die Zielpunkte unserer Politik.“

Der „Vorwärts“ in Nöten! oder: Ein Jeder blamiert sich, so gut er kann.

In der letzten Nummer der „Eiche“ hatten wir berichtet, welche Freude in der Redaktionsstube des „Vorwärts“ herrschte, daß ein halbes Duzend Sozialdemokraten auf einer weltentlegenen Insel in Brasilien sich für das Vorgehen von Liebknecht und Genossen begeistert hatten. Die Sache wirkte denn doch zu lächerlich, und mit Recht mußten sich die Leser sagen, es muß doch ungemein schlecht um eine Sache stehen, wenn man ausgerechnet von weit über das Meer hinaus Kronzeugen aufrufen muß, die den Beweis erbringen sollen, daß die vom „Vorwärts“ vertretene Ansicht die „richtige“ ist. Es konnte denn auch nicht ausbleiben, daß man dieserhalb Betrachtungen und Erklärungen an das Zentralorgan einsandte, die sich mit diesen Tatsachen befaßten. Die den Gewerkschaftsführern von Seiten des „Vorwärts“ vorgeworfenen „politischen Schranken“ blieben demselben unvergessen. Die ganze Unzufriedenheit mit der Redaktion des „Vorwärts“, die nicht bloß seit der Kriegszeit herrührt, kam tagtäglich in spaltenlangen Artikeln zum Ausdruck. Besonders scharf unter die Lupe wurde der „Vorwärts“ von dem „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ genommen. In Nummer 25, 26 und 27 behandelt man die Haltung des „Vorwärts“ vom Ausbruch des Krieges bis in die Neuzeit, und weist auf die vielen Widersprüche hin. Am Ende dieser Betrachtungen heißt es:

Die beste Agitation!

Die beste Agitation ist, wenn der Freund zum Freund, der Arbeitskollege zum Arbeitskollegen geht.

Die beste Agitation ist der fleißige Besuch der Ortsvereinsversammlung.

Die beste Agitation ist die Aufklärung der Frau.

Die Frau wird am besten aufgeklärt, wenn sie die Ortsvereinsversammlung besucht.

Wo die Umstände es gestatten, nehmt die Frau und erwachsene Kinder mit in die Versammlung.

„So oft man den „Vorwärts“ in diesen Kriegstagen durchblättert, wird man immer auf neue Ideologien stoßen, die sich schwer mit dem am Kriegsbeginn deklarierten Gelöbnis vertragen: „An unserer Ueberzeugung und prinzipiellen Haltung wird selbstverständlich nichts geändert.“ Daß diese Ideologien von Zeit zu Zeit ihrem Ausgangspunkte zurückkehren, um dann wieder neue ungeahnte Horizonte zu erschließen, wirkt keineswegs ermüdend. Wie auf einem Karussell die Welt im Kreise herumwirbelt und alle Himmelsrichtungen fortwährend miteinander vertauscht erscheinen, so nimmt sich die proletarisch-sozialistische Politik in der Aufmachung des „Vorwärts“ aus. Nun kann man es zwar gewiß auch für durchaus verdienstlich halten, wenn das Zentralorgan einer großen Partei seine Leser nach und nach mit allen Gesichtspunkten und Betrachtungsweisen vertraut macht. Nur will uns dünken, daß sich für ein solches Blatt der Name „Vorwärts“ wenig eignet. Zutreffender würde diese Richtung mit dem Namen „Kundherum“ bezeichnet. Damit wollen wir dieses Blatt und seine Anrempelungsmethoden gegen Arbeiterblätter, die in diesen schweren Zeiten für die Interessen der Arbeiterklasse ihre Pflicht tun, dem Urteile der Leser überlassen.“

Dies ist eine herbe aber wohlverdiente Kritik, welche dem „Vorwärts“ von seinem eigenen Feindkreise zuteil wird. Es zeigt aber auch, daß die deutsche Arbeiterschaft keineswegs gewillt ist in dieser schweren Zeit, in der so viele Opfer allerseits gebracht werden, sich am Gängelbande einer politischen Richtung führen zu lassen, die durch ihre ganze Haltung zur Genüge den Beweis erbracht hat, daß sie wohl alles andere, aber nicht das Wohl der deutschen Arbeiter im Auge hat. Wohin der Weg führen soll, zeigt das Flugblatt, das von einer kleinen Zahl sozialistischer Quertreiber verfaßt und unterschrieben war, und der behördlichen Beschlagnahme verfiel. Dies Flugblatt hatten auch die sechs Vorwärtsredakteure unterzeichnet. Gegen dieses Treiben wendete sich die Mehrzahl des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und Partei, veröffentlichte aber gleichzeitig im „Vorwärts“ einen Aufruf zum Frieden. Das Oberkommando der Marken verbot darauf das Erscheinen des „Vorwärts“ am 27. Juni. Die Redakteure mußten dann notgedrungen wieder den Kanossengang antreten, was zur Folge hatte, daß nach einigen Tagen der „Vorwärts“ erscheinen konnte. Mit dem Erscheinen stellen sich auch prompt wieder die Für- und Widererklärungen ein, die ins Uferlose gehen. Wie man im feindlichen Auslande, namentlich in Frankreich über die Haltung der deutschen sozialdemokratischen Friedensapostel denkt, beweist folgende Antwort:

Zum Aufruf der Genossen Haase, Bernstein, Kautsky schreibt Herze in der „Guerre Sociale“ vom 28. Juni: „Endlich erwacht das Gewissen im Busen der deutschen Sozialdemokratie. Zuerst war es nur ein Mann, dem noch das Gewissen schlug, Karl Liebknecht, jetzt sind es schon mehrere, und ihre Entschlieungen, auf jede Anexion verzichteten zu wollen, zeigen, daß sie nicht Wortführer der Alldeutschen oder des laizischen Klüngels sind, sondern der großen Masse, die vom Kriege genug hat und die allmählich begreift, daß ihre regierende Klasse für das gesamte Unheil einzig und allein verantwortlich ist.“

Aber unsere armen Ergenossen nötigen uns ein Lächeln ab, wenn sie ihrer Regierung sagen, daß sie keine Anexion wollen: arme Unglückliche! Sie haben einfach noch nicht begriffen, was auf dem Spiel steht. Denn die Frage ist nicht, ob Deutschland Belgien annekstieren wird, vielmehr werden die Verbündeten, wenn sie erst die Mobilmachung und Organisation aller ihrer Kräfte vollendet haben, die Deutschen aus Belgien, Frankreich und Polen herauswerfen — und wie!

Die Frage, der die deutschen Sozialdemokraten daher ins Gesicht sehen müssen, ist mithin eine ganz andere, nämlich die, ob Deutschland alle nicht rein deutschen Gebiete, Nordschleswig, Polen und das französische Elsaß-Lothringen behalten kann. Wenn sie das erst und das Recht der unterdrückten Nationalitäten begriffen haben, dann sind wir von der Verständigung nicht mehr so weit entfernt. Noch ist die Sozialdemokratie nicht so weit, aber sie wird nach der ersten großen Niederlage der deutschen Armee dahin gelangen; denn „sie ist bereits auf dem Wege nach Damaskus.“

In der „Humanite“ hat sich Renaudel in einem von der französischen Zensur verstümmelten Artikel über den Aufruf ausgesprochen.

„Die deutschen Sozialdemokraten tun, so schreibt „Secolo“ vom 29. Juni, als ob sie erst jetzt — nach zehn Monaten — gewahr würden, daß die Regierung einen Eroberungskrieg führt. Sie verlangen von ihr jetzt Vorschläge zu einem für Deutschland günstigen Frieden, d. h. sie wollen die Verantwortung für das weitere von sich abwälzen und tun so, als ob sie nicht wüßten, daß wer Frieden anbietet, sich als besiegt bekennt und die Bedingungen vom Feinde anzunehmen hat. Aber sie spielen vergebens den Unschuldigen. Sie haben alle Kredite bewilligt, und unvergessen sind das Auftreten und die Ueherungen der Genossen Käster und Koske im besetzten Brüssel. So haben sie weder Einfluß auf ihre Regierung, noch machen ihre neuen Vorkürse, daß die französischen Genossen zu keinen Friedensverhandlungen bereit sind, irgendwelchen Eindruck.“

Ähnlich äußert sich die englische Sozialdemokratie. Also Vernichtung Deutschlands ist die Parole der Sozialdemokratie des feindlichen Auslandes nach wie vor, und da wagt man sich mit einem derartigen Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft. Durch die französische Presse haben diese Quertreiber bereits als Antwort eine schallende „Ohrfeige“ erhalten, die sie sich zum Andenken wahrlich nicht hinter den Spiegel stecken werden. Die zweite „Ohrfeige“ werden ihnen die deutschen Arbeiter, welche jetzt im Schützengraben liegen, nach dem Frieden geben. Alle denkenden Arbeiter werden ein Blatt, das in dieser schweren Zeit, wo unser Vaterland von Feinden umringt ist, eine derartige, das feindliche Ausland beinahe fördernde Haltung einnimmt, aus ihrer Behausung verbannen. Die Klage über großen Abonnentenschwund wird noch mehr erschallen, wenn die deutsche Arbeiterschaft erst aus dem Schützengraben heimkehrt. Hiermit wollen wir diese unzureichlichen Betrachtungen, die wir im Interesse der freiheitlich-nationalen Arbeiterbewegung glaubten, nicht vorenthalten zu dürfen, bis auf weiteres schließen. Unsere Mitglieder werden, wenn sich später einmal wieder der ganze Unrat dieser Presse auf unsere Gewerksvereine ergießt, wissen, was sie von einem derartigen Organ, das von seinen eigenen Lesern den Namen „Kundherum“ erhalten hat, zu halten haben.

Kriegsinvalidenheime oder Kriegerheimstätten?

Von A. Hahn, Stuttgart.

Die Sorge für unsere Kriegsinvaliden und die Anteilnahme an ihrem Geschick ist in allen Kreisen des deutschen Volkes lebendig geworden. Dabei bestärkt sich aufs neue die alte Wahrheit, daß Not und Liebe die Menschen erfindenrich machen. Die mannigfaltigsten Vorschläge werden gemacht, die verschiedenartigsten Unternehmungen gegründet, um den Männern, die aus dem Krieg mit dauernder Schädigung ihrer Gesundheit heimkehren, den Dank der Daseinsgebenden zum Ausdruck zu bringen und ihr herbes Los zu erleichtern. Doch nicht alles, was hier zu Tage tritt, kann bei ruhiger Prüfung vor dem Forum des nüchternen, praktischen Verstandes bestehen. Denn um auf dem Gebiet der Kriegsinvalidenfürsorge erfolgreich zu arbeiten, genügt nicht das warme, mitleidende Herz und der ehrliche Wille zu helfen, so unerlässlich notwendig beide sind, sondern es muß dazu kommen ein gewisses Maß von praktischer Erfahrung und von Sinn und Verständnis für die Erfordernisse und Tatsachen des wirklichen Lebens.

Mit besonderer Vorliebe wenden sich jene Bestrebungen in manchen Kreisen dem an sich gewiß nahe liegenden Plan der Errichtung von Heimen für die Kriegsinvaliden zu. So wird neuerdings von Dresden aus der Aufruf eines „Bundes dankbarer Frauen“ verbreitet, der die Errichtung solcher Heime anstrebt. Aus dem Rheinland aber hörten wir jüngst, es liege bereits irgend der fertige Plan einer solchen Anstalt vor. Da sollten im Erdgeschoß die Invaliden untergebracht werden, denen infolge von Beinverletzungen das Gehen schwer werde usw. und hier sollten sie alle nun ein beschauliches Dasein führen. Ähnlich vernahm man neulich aus Bayern, daß dort ein derartiges Heim mit dem verlockenden Titel „Walhall“ entstehen solle. Das alles ist ja nun ohne Zweifel herzlich gut gemeint. Und doch fragte jemand im Anschluß an den rheinischen Plan nicht ganz mit Unrecht, ob dann im obersten Stock die Invaliden mit Kopfschädigungen untergebracht werden sollen. Aber im Ernst, den die Sache erfordert: Man stelle sich einmal vor: Solche Heime sind Anstalten, deren Inhabanten in einer gewissen Abgeschlossenheit von der übrigen Welt und unter dem Zwang der für das Zusammenleben unerlässlichen Hausordnung ihr Leben verbringen, ein Leben, das, auch wenn es gelingt, gelegentlich durch geeignete Veranstaltungen der Leitung oder der Inhabanten selbst, eine gewisse Abwechslung hereinzutragen, doch im allgemeinen, der Natur der Sache nach, ein ziemlich eintöniges sein muß. Man vergegenwärtige sich dann weiter, daß die Kriegsinvaliden durchweg Männer in den besten Jahren sind, die vor dem Krieg mitten im vollen,

tätigen Leben standen. Und dann stelle man sich die Frage, ob sich diese Männer wohl fühlen könnten, wenn man ihnen zumuten wollte, ihr Leben auf diese Weise zu verbringen, auch wenn man ihnen die sorgfältigste Pflege angedeihen ließe und sie in der wohlwollendsten Weise behandelte. Man frage sich, ob sie nicht vielmehr diese Art der Fürsorge als schlechten Dank für das schwere Opfer, das sie dem Vaterland gebracht, empfinden müßten. Man frage sich aber noch weiter, ob es recht wäre, diese Männer geschieden und gemieden von der übrigen Menschheit, wie die Ausfähigen im Altertum, unterzubringen. Und man wird bei klarer, ruhiger Erwägung die Antwort geben müssen: Nein, diese Helden und Märtyrer im Kampf für des Vaterlandes Schutz und Freiheit sollen ihren Platz im tätigen Leben einnehmen. Wir wollen ihnen Stellungen und Betätigungsmöglichkeiten schaffen, die sie mit der durch ihre Kriegsschädigung bedingten verminderten Körperkraft und Geschicklichkeit noch auszufüllen vermögen. Wir wollen ihnen einen Ehrenplatz im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben einräumen, wie sie es verdienen, und sie sollen uns durch ihre Gegenwart immer wieder erinnern an die gemaltigen Opfer, welche die Verteidigung des Vaterlandes gekostet, sollen uns beständig mahnen, nicht wieder zurückzufallen in die alte Armut und Kleinlichkeit.

Wenn die Mittel, die gegenwärtig allorts so reichlich für Zwecke der Kriegsinvalidenfürsorge eingesetzt werden, um in der angebotenen Weise, den Kriegsschädigten die erforderliche Ausbildung zu geben und die geeignete Betätigungsmöglichkeit zu schaffen, dann ist die Gewähr dafür gegeben, daß diese Mittel segensreich und nutzbringend wirken, viel mehr als wenn sie zur Errichtung und Verwaltung kostspieliger Häuser verwendet werden. Erfreulicherweise sind ja auch bereits Bestrebungen im Gange, die Kriegsinvaliden einer gewerblichen oder industriellen Betätigung, möglichst im Anschluß an ihren früheren Beruf, wiederzugeben. Bei uns in Württemberg sind beispielsweise schon jetzt verschiedene Kurse für Kriegsverstümmelte zur Ausbildung für diesen Zweck statt, soweit sich bis jetzt feststellen läßt, mit gutem Erfolg. Seitens der Arbeitgeber finden die Bestrebungen Entgegenkommen. Auch der Staat, der ja hier in erster Linie Verpflichtungen hat, wird in seinen ausgedehnten Betrieben und Verwaltungszweigen nicht wenigen Kriegsinvaliden ein geeignetes Betätigungsfeld zuweisen können. Hier ist wiederum aus Württemberg zu erwähnen ein Erlaß der Eisenbahnverwaltung, wonach Kriegsteilnehmer, die früher in ihren Betrieben beschäftigt waren und als Invaliden heimkehren, wieder im Eisenbahndienst beschäftigt werden sollen.

Bei der großen Zahl, der verschiedenen Bildung, Begabung und Neigung der Kriegsinvaliden, wie der mannigfachen Art ihrer Gebrechen wird es aber doch nicht möglich sein, sie alle ausnahmslos wieder dem Räderwerk des industriellen Lebens oder des staatlichen Verwaltungsapparats einzufügen. Hier bildet dann die Bewegung zur Errichtung von Kriegerheimstätten eine wertvolle Ergänzung der Bestrebungen auf dem Gebiet der Kriegsinvalidenfürsorge, obgleich, oder vielmehr eben weil, sie keineswegs auf dieses allein beschränkt ist, sondern ebenso wie den Invaliden, solchen Kriegsteilnehmern dienen will, die im Vollbesitz ihrer Gesundheit aus dem Feld heimkehren. Dadurch ist von vornherein der Gefahr vorgebeugt, daß der Kriegsinvalide, dem eine Heimstätte geschaffen wird, dies als eine Art Almosen empfinden müßte, das nur ihm in Anbetracht seiner Verwundung oder sonstigen Kriegsschädigung zuteil würde. Hier aber hat er auf eigenem Grund und Boden im Kreise seiner Familie und in der Nachbarschaft von Kameraden Gelegenheit, sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu betätigen und sich dabei desjenigen Maßes von Freiheit und Unabhängigkeit zu erfreuen, das ein Mensch zu seinem Lebensglück benötigt.

Ohne irgendwie Luftschlösser bauen zu wollen, können wir uns doch schon heute einigermaßen denken, wie sich etwa das Leben und die Betätigung der Bewohner in einer solchen Kriegerheimstätte gestalten wird. Außerlich sehen wir vor uns eine Siedelung von hübschen Einfamilienhäusern, die von Gärten umgeben sind. Nicht wenige der Bewohner beschäftigen sich mit Gemüsebau, dem ja als Folge des Kriegs, dauernd erhöhte Aufmerksamkeit für unsere Volksernährung geschenkt werden wird und der so viele eine befriedigende Erwerbsmöglichkeit bieten kann. Andere betätigen sich in Heimarbeit und sind zu diesem Zweck einer Genossenschaft angeschlossen, die staatliche Aufträge erhält und ausführt, in der Art wie es zuerst vom „Reichsverein der liberalen Arbeiter“ und neuerdings in einer Broschüre von Walter Salzmann vorgeschlagen wurde. Der Heimarbeit aber ist hier das Drückende, Beengende, das ihr sonst zumeist eigen war, vollständig genommen, weil sie unter menschenwürdigen Bedingungen und in einem wirklichen „Heim“ verrichtet werden kann. Dort übt einer von denen, die meist als die Allerunglücklichsten unter den Kriegsschädigten bezeichnet werden, einer, der im Kriege seines Schermmögens beraubt wurde, mit Geschick das Korbmacherhandwerk und ein anderer das Seilergewerbe aus. Und beide erbringen, wenn sie ihrer Arbeit nachgehen oder sich im Kreise ihrer Angehörigen im Garten an Blumenduft und Vogelsang erfreuen, den Beweis, daß man sich auch beim schwersten Geschick doch noch innerlich zurechtfinden und obendrein eine für die Gesamtheit wertvolle Arbeit leisten kann. Dazwischen wohnen dann Kriegsteilnehmer, die im Besitz der vollen Gesundheit geblieben und die nun tagsüber in den Industriebetrieben der nahen Stadt arbeiten oder dasheim in ausgedehnterem Maße Landwirtschaft betreiben. Alle aber sind verbunden durch das gemeinsame unmittelbare Miterleben des Geschehens der großen Zeit in der Vergangenheit und durch das Bewußtsein, eigener Herr im eigenen Heim auf eigenem Grund und Boden zu sein, in der Gegenwart. Natürlich ist der Geist, der da weht, nicht ohne Einfluß auf das Geschlecht, das hier heranwächst und so werden ganz von selbst die Kriegerheimstätten zugleich zu Kraftquellen für die geistige Gesundheit des deutschen Volkes.

So ist es ein liches, freundliches Bild, das hier noch mitten in rauher Kriegszeit vor unserm Geistesauge erstrahlt. Doch nicht die Freude am Wahnsinn und der Wut, sich über die zuweisen graufige Wirklichkeit für einen Augenblick hinwegzudurchschauen, haben es hervorgerufen, sondern es erwuchs aus dem durchaus praktischen Bedürfnis, den Bestrebungen der Kriegsinvalidenfürsorge, schon jetzt, solange dazu noch Zeit ist, klare Richtlinien und vernünftige Ziele zu zeigen. Denn wir betonen nochmals: was wir hier vor Augen führten, ist nicht ein Traumbild aus einem fernen, goldenen Märchenland, sondern es ist eine Idee, die sich bei einmütigem, planvollem

Zusammenwirken aller in Betracht kommenden Kreise und Kräfte, der staatlichen sowohl, wie der privaten, verwirklichen läßt zum Nutzen und Segen für unsere Kriegsteilnehmer, ja für unser ganzes Volk. Sehen wir aber dem Bild der Heimstätten, das wir hier geschaut, nochmals für einen Augenblick wird sich für jeden einsichtigen Menschen ganz von selbst die gerheimstätten!

Handwerker, Arbeiter und Eisenbahnverwaltung.

In der letzten Sitzung des Bezirkseisenbahnrats Berlin-Stettin wurde u. a. auch darauf hingewiesen, daß es zum Wiederaufbau der Provinz Ostpreußen an den erforderlichen Baumaterialien fehle und daß dort auch ein großer Mangel an Arbeitskräften herrsche. Für die Beförderung solcher Güter sind bereits Ausnahmetarife, durch welche die Frachten bis zu 50 Prozent ermäßigt sind, eingeführt worden und zwecks Bewilligung einer besonderen Fahrpreisvergünstigung für Handwerker und Arbeiter nach Ostpreußen wurde als zweckmäßig empfohlen, sich an den Minister der öffentlichen Arbeiten zu wenden. Der größte Teil der Provinz Ostpreußen ist zur Rückkehr der Flüchtlinge freigegeben und dort wird zunächst die Bautätigkeit einsetzen. Nur für die Kreise Meidenburg, Ortelsburg, Johannisburg, Lyta, Oletzko, Goldap, Stallupönen, Pillkallen und Memel, ferner für den nördlich der Memel gelegenen Teil des Landkreises Tilsit und den Teil des Kreises Ragnit, der östlich einer von der Memel längs der Szejjuppe über Maujenindlen zur Inster gezogenen Linie belegen ist, ist die Rückkehr von Flüchtlingen nur ausnahmsweise, hauptsächlich zwecks der Frühlingsbestellung freigegeben, also namentlich für Landwirte, Handwerker, Arbeiter, Gewerbetreibende, Händler und Kaufleute. Fast man ins Auge, was alles in diesem Kriege in Ostpreußen an Wohnungen, an Bauten, an Eisenbahnen, an Fahrzeugen, an Schiffen, an Materialien und Werten aller Art zerstört worden ist und welcher Neubedarf sich geltend macht, dann kann man wohl mit Recht sagen, daß die Möglichkeit der Erholung von den Schäden zum großen Teil auch von den Eisenbahnen abhängt, nicht bloß für Ostpreußen, sondern auch im allgemeinen. Dasjenige Land, welches nach dem Kriege die besten Verkehrseinrichtungen hat, wird aus dem zu erwartenden Aufschwung auch die größten wirtschaftlichen Vorteile ziehen und am ehesten seine Verluste ausgleichen können. Diesem Gedanken ist auch in der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses bei der Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung Ausdruck gegeben worden, indem dort ausgeführt wurde, daß die wichtigste Aufgabe der Eisenbahnverwaltung jetzt die Schaffung von Arbeit sei. Wenn in den Städten über eine große Arbeitslosigkeit nicht zu klagen sei, so seit dies wohl zu einem Teil der Fortführung der Staatsarbeiten zu danken. Die Handwerker auf dem Lande haben aber in dieser Beziehung viel schlimmere Zeiten durchzumachen, als man im allgemeinen annimmt. Die Staatsbahnverwaltung müsse dafür sorgen, daß den kleinen Handwerkerarbeiten zugewiesen werden, damit sie in der Lage seien, die Arbeiter, die ihnen bisher zur Verfügung gestanden hätten und noch ständen, zu beschäftigen. Hierbei müsse aber auch dasjenige, was der Krieg als notwendig gelehrt habe, von der Staatsverwaltung, insbesondere von der Eisenbahnverwaltung, beachtet werden. Es habe sich hier in Berlin im Baugewerbe eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, deren Ziel es sei, die Lohnverhältnisse, wie sie vor dem Kriege gewesen seien und sich durch Tarifverträge herausgebildet hätten, aufrecht zu erhalten und diese Tarifverträge, insbesondere bei Staatsbauten, zur Durchführung zu bringen. Die Eisenbahnverwaltung habe bisher auf dem Standpunkt gestanden, daß sie die Bestrebungen der Arbeitgeber und Arbeiter nicht zu beachten brauche, daß sie die zu vergebenden Arbeiten in ganz Deutschland vererbe, auch Arbeiten, die nicht in einer Werkstätte, sondern an den betreffenden Orten unbedingt hergestellt werden müßten, wie Malerarbeiten und dergleichen. Dabei habe die Eisenbahnverwaltung keine Rücksicht darauf genommen, ob der Unternehmer bei seinem Angebote in der Lage sei, die Löhne zu zahlen, die an dem betreffenden Orte in dem Gewerbe bezahlt würden. Nun seien in Hamburg die Metallarbeiten für die Bahnhofshalle an einen Unternehmer in Dortmund vergeben worden, der 45 Pfg. Stundenlohn zahlte, während in Hamburg die Maler 75 Pfg. Stundenlohn erhalten. Die Malerinnung und die Gehilfen hätten sich gemeinsam an die Eisenbahndirektion gewandt und verlangt, man möge dem Unternehmer vorschreiben, während des Krieges diejenigen Löhne zu zahlen, die bisher in Hamburg üblich gewesen seien. Die Eisenbahndirektion habe geantwortet, daß sie nach den bestehenden Bestimmungen nicht in der Lage sei, in die Verträge mit Unternehmern eine Verpflichtung zur Zahlung von Tariflöhnen aufzunehmen, sie habe es sogar abgelehnt, in dieser Sache dem Minister Vortrag zu halten. Es habe auch nichts genützt, daß sich die Gewerkekammer in dieser Angelegenheit an die Eisenbahndirektion gewandt habe. Nun habe der Minister unter dem 5. Januar einen Beschluß er-

teilt, in dem gesagt sei: Die Königl. Eisenbahndirektion Altona wird besorgt sein, daß der Unternehmer für diese Restarbeiten den tarifmäßigen Stundenlohn zahlt. So dankenswert diese Mitteilung sei, genüge sie aber nicht, wenn sie nur in diesem einen Fall bei diesen Restarbeiten geschehe. In die allgemeinen Submissionsbestimmungen sei die Bestimmung aufzunehmen, daß die Tariflöhne gezahlt werden müßten. Das Deutsche Reich werde durch die Unternehmer, die heute in ganz Deutschland herumreisen und Arbeiten zu einem Preise annehmen, die sie gar nicht für diesen Preis ausführen könnten, Staatsverwaltung gar keinen Nutzen; die Arbeiten würden nicht so gut ausgeführt, man schädige die Arbeitgeber, die sich durch Tarifverträge verpflichtet hätten, eine gewisse Lohnhöhe einzuhalten. Denn sie könnten nicht mit den Aufsehenden konkurrieren, die eine absolute Schmutzkonzurrenz betreiben. Der Minister habe auch erklärt, daß er durch Erleichterung der Kreditgewährung die Submissionen von kleinen Unternehmern fördern wolle. In dieser Beziehung sei natürlich den Arbeitern die Löhne auszahlen. In einem Falle habe ein Unternehmer bei einem Bahnbau den Arbeitern die Löhne nicht bezahlt. Bei diesem Bahnbau in Arolsen habe die Eisenbahnverwaltung, als der Unternehmer die Löhne nicht bezahlt habe, die Löhne ausgezahlt und die Arbeiter aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen. Später habe der Unternehmer die Löhne wieder nicht gezahlt, und die Eisenbahndirektion in Kassel, an die sich die Leute gewandt hätten, habe geantwortet, daß die Auszahlung der rückständigen Löhne nicht erfolgen könne, weil das Guthaben des Unternehmers zur Begleichung der von ihm vorgelegten Lohnrechnung nicht ausreiche. Es habe auch seine Bedenken, wenn schließlich dem Unternehmer zu geringe Kauttionen abgefordert und dann den Arbeitern die Löhne nicht ausbezahlt würden. Die Arbeiten seien dort seinerzeit als Notstandsarbeiten betrachtet worden, um der Bevölkerung Arbeit zu geben. Wenn sie aber dann keinen Lohn erhielten und die Eisenbahnverwaltung auch dafür nicht sorgen könnte, dann würde der Notstand der Arbeiter noch schlimmer werden. Es müssen deshalb von der Eisenbahnverwaltung Bedingungen in die Verträge aufgenommen werden, die es ermöglichen, daß bei den Staatsarbeiten die Arbeiter wenigstens nicht um ihren Lohn betrogen würden. Nach der darauf erfolgten Erklärung des Eisenbahnministers seien die Tarifverträge eine Frage von höchster grundsätzlicher Bedeutung, eine Frage, die auch unter dem Gesichtspunkt zu beurteilen sei, daß, wenn die Staatsregierung oder die Ressorts der Reichsbehörden sich auf den Standpunkt des Vorredners stellten, sie damit in die Frage der Lohnregelung aktiv einzugreifen, was sie bisher immer vermieden hätten. Er erinnere daran, daß die Verwaltung es den Arbeitgebern gegenüber noch heute es strikt ablehne, die Streik Klausel in die Verträge aufzunehmen. Das Ressort der Eisenbahnverwaltung stehe auf dem Standpunkte, daß alle Zweifel und Streitfragen, die sich aus solchen geschäftlichen Anlässen entwickeln können, tunlichst friedlich und schieblich beizulegen seien. Sowohl in dem Falle von Hamburg, wie in dem Falle aus dem Kasseler Bezirk sei er lebhaft bemüht gewesen, einen Ausgleich zwischen Unternehmer und Arbeitern herbeizuführen. Es sei aber sehr schwierig, das Richtige zu treffen, zumal die Tarifverträge oft recht unklar seien; er erinnere nur an die Tarifverträge im Tiefbaugewerbe, wo vielfach ganz unberücksichtigt bleibe, wie die Nebearbeiten und manche Hauptarbeiten zu tarifieren seien. Damit hänge die Beschwerde zusammen, daß die ortswirtschaftliche Unternehmer als Außenseiter sich an den Vergaber nicht beteiligten. Daraus habe sich seinerzeit der Mühlhäuser Fall und jetzt der Hamburger Fall entwickelt. Er verleihe es vollkommen, wenn man wünsche, daß namentlich Tarifverträge, die eine ganz allgemeine Geltung hätten, auch vom Staate als angemessen anerkannt würden. Vielfach aber seien die Vereinbarungen in den Tarifverträgen über Lohnfestsetzung nicht so, daß man sie verallgemeinern dürfe, ohne daß man der einen oder der anderen Seite ein erhebliches Unrecht zufüge. Man sollte die Staatsregierung in diesem Zeitpunkt während des Krieges nicht nötigen, in solchen Fragen grundsätzlicher Bedeutung Stellung zu nehmen. In derselben Sitzung war ferner noch zur Sprache gekommen, daß Arbeitern, die bei der Eisenbahnverwaltung angenommen würden, Schriftstücke vorgelegt wurden, die sie eigentlich nicht unterschreiben würden, wenn sie dazu nicht zum Teil durch die Not gezwungen wären; es handelte sich um die Zugehörigkeit zu Organisationen und dergl. Man hätte — so wurde hierzu bemerkt — erwarten sollen, nachdem der Krieg gezeigt habe, daß das Bestreben, das Vaterland vom Feinde zu befreien und der Bestenwille bei den Arbeitern genau so stark vorhanden sei wie bei allen anderen Schichten, daß diejenigen, die zur Herbeiführung des Sieges draußen mitätig seien und im Inlande ihre Festinnungsgenossen hätten, nicht mehr so behandelt würden. Die Militärverwaltung habe ähnliche Bestimmungen über den Hausen getroffen. Hierzu gab der Minister die Erklärung ab, er habe bei Ausbruch des Krieges bestimmt, daß neu einzustellendes Personal nur vorübergehend eingestellt werden dürfe. Dies sei unter dem Gesichtspunkte geschehen, daß v.ter allen Umständen dafür gesorgt werden müsse, daß das zahlreiche Eisenbahnpersonal, welches jetzt in der Front stehe oder in den Feldeisenbahnformationen tätig sei, bei der Rückkehr seine sehr große Zahl, unterliege keinen anderen als den gesetzlichen Bestimmungen, es habe eine vierzehntägige Kündigungsfrist und die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches seien maßgebend. Von diesem neuereintretenden Personal werde von keiner Stelle der Staatseisenbahnverwaltung ein Revers verlangt, und wenn dies in Hannover geschehen sein sollte, entspräche es nicht den Bestimmungen. Zu den Darlegungen über die Not der kleinen Handwerker wurde von ministerieller Seite erklärt, daß eine Reihe von Maßnahmen getroffen sind, um den Handwerker so weit als möglich Beschäftigung zuzuweisen. Deshalb seit seitens der Eisenbahnverwaltung eine reichliche Bestellung von Inventar, Fahrzeugen und kleineren Maschinen erfolgt und zum Teil in mäßigem Umfang sogar Anschaffungen auf Vorrat vorgenommen, auch sei der Fonds für kleinere Hochbauausführungen in Anspruch genommen worden, wodurch den Handwerkern Arbeiten im Werte von 8 bis 10 Millionen Mark zugewiesen worden seien.



Ehrentafel

für die im Krieg gegen Frankreich, Rußland, Belgien, England, Japan und Serbien gefallenen Württemberger.

G u s t a v K a b e l i s, Mitglied des Ortsvereins Brandenburg a. N., 35 Jahre alt, am 12. Juni in Rußland gefallen.

E m i l E n g l e r, Mitglied des Ortsvereins Danzig I., 31 Jahre alt, im Osten gefallen.

* * *

Ritter des Eisernen Kreuzes.

Für hervorragende Tätigkeit haben das Eisene Kreuz erhalten:

K w a p p, Mitglied des Ortsvereins Danzig I., in Frankreich und ist zum Unteroffizier befördert worden.

E r i c h W e n d t vom Ortsverein Wajwalk i. Pr., hat die Rote Kreuzmedaille erhalten.



Ein Kulturdokument.

In der „Berliner Tagwacht“ richtet Parabellum einen lebhaften Appell an die französische Partei, sich nicht mehr dem Kampf für die französische Demokratie, d. h. für die französische Kapitalisteninteressen zu opfern. Er teilt dabei den Brief eines russischen Genossen mit, der am 23. Juni aus dem französischen Schützengraben geschrieben wurde. Der Brief lautet:

„Von Blut- und Kadavergerüchen ist die Luft voll. Das Blut fließt in Strömen. Menschen fallen wie Mägen durch deutsche wie französische Kugeln. In vielen französischen Regimentern erheben die Soldaten Proteste, eine revolutionäre Gärung ist bemerkbar. In unserer Fremdenlegion (d. h. dem Regiment von Kriegsfreiwilligen nicht-französischer Nation) sieht es schlimmer aus. Bei jedem Schützengraben steht ein französischer Soldat mit geladenem Gewehr. Ohne Erlaubnis des Korporals darf man selbst im Falle der äußersten Notwendigkeit nicht hinausgehen. Das ist schrecklicher als Kriegsgefangenschaft. Vor ein paar Tagen haben sich im Bataillon . . . vierzig Leute geweigert, weiter in der Fremdenlegion zu dienen. Vorgestern wurden 27 von ihnen zu Zuchthausstrafen von fünf bis zehn Jahren verurteilt. Neun von ihnen wurden zum Tode verurteilt. Sieben (alles Russen) kenne ich persönlich. Heute las uns ein Offizier ihre Namen vor (es sind . . .) und erklärte lächelnd: also Vorsicht. Sage, kann man da weiter befehl sein vom Willen für diese „patrie“ zu sterben.“

Die Lage ist unerträglich. Ich warne alle Genossen vor dem Eintritt in die Armee; verbreitet die Nachricht von den Vorfällen in der ganzen russischen Kolonie.“

Daran werden folgende Bemerkungen getnüpft: „Was dieser Brief erzählt, bestätigen Nachrichten aus hundert anderen Quellen. Die Männer, die freudig für die Demokratie zu sterben bereit waren, werden als Abenteurer, als Goldpreller behandelt, und wenn sie, durch diese Behandlung aufgebracht, zu müssen wagen, zählt ihnen Frankreich in blauen Bohnen seinen Dank. Die Nachrichten darüber suchte die „Guerre Sociale“ und das russische Parteiblatt „Nashe Slowo“ an die Öffentlichkeit zu bringen. Sie wurden daran von der Zensur gehindert.“

Die französische Regierung läßt unsere russischen, polnischen und tschechischen Kameraden niederknallen, die für die Demokratie zu sterben bereit waren, werden als Abenteurer, schließlich erfahren haben, daß sie für das französische Kapital sterben sollen. In unseren Ohren gellen die Hilferufe der Unglücklichen. Wir können nur ihre blutigen Leiber in die Höhe heben, damit sie das internationale, damit sie das französische Proletariat, damit sie Jules Guesde, Marcel Sembat, Albert Thomas, die sozialistischen Minister Frankreichs sehen.

Jules Guesde, Marcel Sembat, Albert Thomas! Wir wollen euch das nicht zur Last legen, daß die von euch verbreitete Befreiungslegende die Unglücklichen in Reichen der Volutäre gebracht hat. Ihr habt dem Glauben an diese Legende eure Seelen geopfert, Jules Guesde seinen historischen Namen. Ihr könntet, selbst opfern, von anderen Opfer fordern. Jetzt sehen vor euch Tote, bezeugen durch ihr Martyrium, daß ihr einem Vampir eure Namen, eure Seelen und die Hundertertausende von euch angefeuerten Kameraden geopfert habt. Dem Vampir des Kapitals, der Ausbeutung, der Unterdrückung, dem Vampir, der Kämpfen der Freiheit erschließt, wenn sie nicht als Sklaven kämpfen wollen.

Jules Guesde, Marcel Sembat, Albert Thomas! Euer Glaube an die Befreiungslegende, was ist er angesichts dieser Gemeuchelten? Protestiert öffentlich gegen diesen unerhörten Mord. Denn tut ihr das nicht, dann fällt auch auf euch die Verantwortung für ihn. Das Blut gemordeter Kameraden, von Sozialdemokraten, die für die Freiheit, nicht für den Kapitalismus kämpfen wollten.

Und wenn ihr: Jules Guesde, Marcel Sembat, Albert Thomas, Protest erhebt gegen den Meuchelmord, dann fragt euch, ob alle die französischen Arbeiter, die „für Frankreich“ sterben, nicht eine große Fremdenlegion darstellen, die für fremde Interessen stirbt, mit dem wachsenden Bewußtsein für diese Tatsache. Und wenn ihr dann gedacht habt und euch die Frage aufsteigt: ja, wie können wir dann nur wegen der neun Russen protestieren, nun dann . . . Dann protestiert besser nicht, sondern werft die Fesseln ab, die auch an den Wagen der Bourgeoisie hängen und beginnt den Kampf.“

□ □ □ Aus den Ortsvereinen. □ □ □

Posen. Unser Ortsverein ist auch durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen worden, indem die Hälfte unserer Kollegen auch zu den Fahnen gerufen wurde. Alle sind mit Begeisterung ins Feld gezogen und sind stolz darauf, daß sie mitkämpfen dürfen für die Ehre und für die Existenz unseres deutschen Vaterlandes, dann aber auch für die ungekürzte Erhaltung der mit uns eng verbündeten österreichisch-ungarischen Monarchie. Alle die schmutzigen, ekelerregenden Verleumdungen werden den „ehrenhaften“ Feinden absolut nichts nützen. Auch das gewaltfame Vernichten von Dörfern, Städten usw. wird unseren Feinden seinerzeit ein böses Erwachen sein. — Ein gnädiger Stern hat bisher über die von unserem Ortsverein ins Feld geeilten Kollegen gewaltet, es ist noch kein Kollege als gefallen, verwundet oder vermißt gemeldet worden. Wir wünschen, daß sie sämtlich gesund zu ihren daheimgebliebenen Lieben zurückkehren mögen.

Was nun die wirtschaftliche Tätigkeit unseres Ortsvereins anbelangt, so haben sich sämtliche Mitglieder mit ihren Familien in die wegen des Krieges bestehenden Verhältnisse gefügt, sind zum Durchhalten bereit und wenn es noch schwerer zu kämpfen geben sollte, das alles ist kein Vergleich zu den Opfern, die unsere „braven Feldgrauen“ im Felde bringen müssen und zwar gerne bringen in dem Bewußtsein, daß der Sieg unser sein wird.

Die agitatorische Tätigkeit ist augenblicklich fruchtlos (! die Red.) und muß dahingestreckt werden, daß die vorhandenen Kollegen zusammenhalten und dem Vereine treu bleiben. Es kann mit Freude berichtet werden, daß die Zahlung der Beiträge von fast allen Kollegen ziemlich pünktlich geschieht, so daß Posen monatlich Geld abliefern kann, namentlich für die Gewerkevereinskasse und die Gew.-Sterbekasse.

In der Holzindustrie ist am Blase und in der Umgebung ziemlich viel Beschäftigung vorhanden, so daß alle nur irgend brauchbaren Kräfte ein Unterkommen haben, nur die Möbelfabrikation will sich immer noch nicht wieder so recht erholen, wird wohl auch vor der vollständigen Niederbringung der Russen kein rechtes Aufkommen zu erwarten haben. Hoffen wir, daß nach dem Kriege unsere deutsche Industrie wieder aufblühe und groß werde, damit unsere heimkehrenden Krieger wieder sämtlich ein lohnendes und dauerndes Unterkommen finden.

Die Jungen können und die Alten müssen sterben!

Deshalb versichere jeder Kollege sich und seine Frau und Familienangehörigen auch für den Sterbefall.

Die besten Bedingungen bietet hierzu unsere

Sterbekasse.

Sterbegeld wird nach folgender Stufenleiter gegen Leistung bestehender Beiträge gezahlt:

Stufe I	90 Mk.	bei einem	Wochenbeitrag	von	5 Pfg.
" II	144 "	" "	" "	" "	8 "
" III	180 "	" "	" "	" "	10 "
" IV	270 "	" "	" "	" "	15 "
" V	360 "	" "	" "	" "	20 "
" VI	450 "	" "	" "	" "	25 "

Anmeldungen zur Aufnahme nimmt der Kassierer des Ortsvereins entgegen. — Auskunft erteilt auch das Büro Berlin NO 55, Greifswalderstr. 221/23.

Die nächste Versammlung findet am Sonnabend den 24. Juli, abends 8 Uhr, Wallstraße 75, bei Frau Maleki statt. Die Kollegen werden gebeten, Mann für Mann am Blase zu sein, da stets gemeinsame Interessen zu besprechen sind.

Das Interesse für den Ortsverband ist leider auch sehr erkalte. Vor einiger Zeit wurde von älteren und jüngeren Verbandskollegen in einer kombinierten Sitzung im Beisein des Kollegen Gleichauf-Berlin versucht, den Ortsverbandsvorstand neu zu beleben, was auch gelang und wurde von diesem für Sonntag den 20. Juni, eine Verbandsversammlung einberufen, die aber eine gewaltige Enttäuschung brachte. Von 4-500 Verbandskollegen waren nur wenige erschienen. (Schreiber dieses war leider durch Krankheit verhindert.) Die Tagesordnung brachte u. a. die statistische Feststellung über die vorhandenen Frauen und Kinder von denjenigen Verbandskollegen, die sich im Kriege befinden, um event. eine Unterstützung im Verbandsverband in die Wege zu leiten, aber innere Streitigkeiten machen ein solches gutes Vorhaben illusorisch.

Man wird vom Zentralrat aufgefordert, den Ortsverband nicht zu vernachlässigen und wieder neue Vorstandmitglieder an die Spitze zu stellen. Ein älterer Kollege von dem Ortsverein der Maschinenbauer, G. U r n d t, ein erfahrener Gewerkevereiner, fand sich bereit, den Vorsitz zu übernehmen und wurde in der kombinierten Sitzung der Ortsvereinsausschüsse auch einstimmig gewählt. Trotzdem gab es in der Verbandsversammlung Kollegen, die ihm das Recht absprachen, weil er kein gewählter Vertreter sei. Also der eine Teil ist dankbar, wenn sich eine brauchbare Leitung findet, und der andere Teil opponiert. Daß auf diese Weise das Interesse nicht wachgerufen werden kann, ist selbstverständlich, aber wir wollen hoffen, daß die angefangene Belebung des Ortsvereins weitere Früchte zeitigt. Freilich wird während der Kriegszeit das Interesse für den Verband kein allzugroßes sein, aber darin muß jeder Verbandskollege streben, daß unser Ortsverband als ein geschlossenes Ganzes von den aus dem Felde zurückkehrenden Kollegen wieder vorgefunden wird.

Sterbetafel.

In den Monaten April bis einschließlich 31. Juni 1915 sind nachstehend verzeichnete Mitglieder resp. Frauen des Gewerkevereins der Holzarbeiter Deutschlands gestorben:

Sammlungs-Nr. der Verstorbenen	Name der Verstorbenen	Name des Ortsvereins	Gezahltes Begräbnisgeld		
			Deutscher Einzelkassier	Sammlungs-Kasse	Gezahlte Mische
122	R. Mohr	Breslau	—	75	90
3543	S. Fozner	Mannheim	80	55	—
3871	R. Regel	L. Lindenan	60	55	—
2496	J. Schünbaum	Fürth	60	120	—
388	J. Weßmann	Nürnberg I	—	—	180
7593b	Frau Boigt	Leiz	—	—	90
16000	H. Zieg	Elfrin	50	75	90
3585	M. Frei	Mannheim	60	75	—
410	H. Baum	Nürnberg I	—	75	90
430	H. Reimke	Rathenow	—	—	90
2654	S. Woskisch	Berlin	50	75	—
1200	H. Klose	Breslau	50	—	—
3564	H. Walter	Mannheim	60	95	—
96	J. Buchholz	Berlin II	—	75	90
Summe:			450	775	720

Ruhet in Frieden!

Berlin, den 4. Juli 1915.

W. Zielke, Hauptkassierer.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungszusammenfassung ist der 28. Wochenbeitrag für das Jahr 1915 fällig.

Anzeigen.

Bei den Inseraten ist die Redaktion des Blattes gegenüber nicht verantwortlich.



Einheitliche Vereinsabzeichen.

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pfg., Manschettenknöpfe das Paar 1 Mk., und werden dieselben — nach Einsendung des Betrages an den Hauptkassierer Zelte — sofort den Vereinen zugestellt.

Kollegen, schützt Frau und Kinder

für den Fall eines frühzeitigen Todes, sorgt

für Euer Alter sowie für die Ausbildung und Ansehen oder den Sterbefall Eurer Kinder bei unserer gemeinsamen Lebensversicherung. — Alle Gewinne fließen den Versicherten zu.

Volksversicherung des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine S.-D.

Beitrag kostenlose Auskunft bei unseren örtlichen Verwaltungsstellen oder im Verbandsbüro Berlin NO. 55, Greifswalder-Str. 221/23.

Für jeden strebsamen Gewerkevereiner

sind folgende Schriften, enthaltend die auf dem letzten Verbandsstage gehaltenen Vorträge, für die Werbearbeit unentbehrlich:

- Tätigkeitsbericht für die Jahre 1910 bis 1912, erstattet vom Verbandsvorsitzenden K. Goldschmidt;
- Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Grossindustrie, von W. Gleichauf;
- Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis, von M. Schumacher.

Das Stück kostet 10 Pf., 10 Stück 80 Pf., 20 Stück 1,50 M. und 50 Stück 3,75 M. bei portofreier Zusendung. Die Bestellung ist unter Beifügung des Betrages an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO 55, Greifswalder Strasse 221/23, zu richten.

Kollegen und Kolleginnen!

Beachtet die Vorteile unserer Zuschußrentenkasse und Sterbekasse des Gewerkevereins. Auskunft erteilt und Ausnahmen nimmt entgegen.

Das Hauptbüro:

Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 222.

Burg b. Magdeburg. Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Ortsverbandsgeheim, beim Kassierer Wilh. P r i e p, Holzstraße 2.

Bitterfeld (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Verbandsgeheim von 75 Pfg. bei den Ortsvereinskassierern ihres Berufs; sind Berufe nicht am Orte vertreten, beim Verbandskassierer O. E p e n d o r f, Hallischestraße 27.

Grundenz (Ortsverband). Durchreisende Ortsvereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsgeheim beim Kollegen K o l n o w s k i, Kuhlestraße 1.

Großenhain i. S. Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter (S.-D.) Großenhain i. S. befindet sich nunmehr bei Verbandskollegen August Degebrodt, Gerberdamm Nr. 2, 1. Etg. Ortsgeheim von sämtlichen Ortsvereinen werden daselbst ausgezahlt.

Das Arbeitersekretariat des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine in Hamburg

befindet sich Markstraße Nr. 19, Telefon: Gruppe VI, Nr. 9715. Arbeitersekretär Gerhard Meuthen.